

Auftragsbekanntmachung

Bauftrag

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Gemeindewerke Haßloch GmbH

Postanschrift: Gottlieb-Duttenhöfer-Straße 27

Ort: Haßloch

NUTS-Code: DEB3C Bad Dürkheim

Postleitzahl: 67454

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Herr Udo Engel

E-Mail: u.engel@gwhassloch.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://gwhassloch.de/>

I.2) **Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YBA6AJ3/documents>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Carat Beratungsgesellschaft mbH

Ort: Herne

NUTS-Code: DEA55 Herne, Kreisfreie Stadt

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Herr Jörg Bemmerl

E-Mail: joerg.bemmerl@carat-beratung.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.carat-beratung.de

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtvp.de/Satellite/notice/CXP4YBA6AJ3>

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Andere: Sektorenauftraggeber

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Andere Tätigkeit: Energieversorgung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Erstellung und Betrieb Freizeitbad Haßloch

Referenznummer der Bekanntmachung: HL-2023_FB

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

45212140 Freizeiteinrichtung

- II.1.3) **Art des Auftrags**
Bauftrag
- II.1.4) **Kurze Beschreibung:**
Das Gemeindewerk Haßloch beabsichtigt am Standort des bestehenden Badeparks Haßloch in einer öffentlich-privaten Partnerschaft den Neubau sowie den anschließenden Betrieb eines Freizeitbades zu realisieren. Weitere Angaben können der Allgemeinen Vergabeunterlage entnommen werden, die unter der in Ziffer I.3) angegebenen URL zum uneingeschränkten, vollständigen und gebührenfreien Abruf zur Verfügung steht.
- II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**
Wert ohne MwSt.: 20 000 000.00 EUR
- II.1.6) **Angaben zu den Losen**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**
71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
92610000 Betrieb von Sportanlagen
- II.2.3) **Erfüllungsort**
NUTS-Code: DEB3C Bad Dürkheim
Hauptort der Ausführung:
Badepark Haßloch Lachener Weg 175 67454 Haßloch
- II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**
Gegenstand des vorliegenden Verfahrens ist die schlüsselfertige Planung und Errichtung sowie der anschließende Betrieb des unter Ziffer II.1.4 beschriebenen Freizeitbades. Grundlage hierzu bildet eine "outputorientierte" Leistungsbeschreibung, das heißt, der Auftraggeber definiert die bestehenden Mindestanforderungen hinsichtlich des Umfangs erforderlicher Einrichtungen (insbesondere Wasserflächen) sowie an die anschließende Betriebsführung. An das Gebäude sowie die damit zusammenhängenden Bauteile, Anlagen und Ausstattungen wird der Anspruch mittlerer Güte gestellt.
Die unter den Ziffern II.1.4 und II.2.6 angegebenen Werte beziehen sich auf das Mindestbedarfsprogramm zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge. Im Übrigen bleibt es dem Bieter überlassen, wie er die Anlage ausgestaltet. Die Gemeinde Haßloch verfügt unter anderem mit dem Holiday Park über einen hohen Freizeitwert mit entsprechendem Gästepotenzial aus einem weiten Einzugsgebiet und bildet daher einen interessanten Standort für das zu entwickelnde Bäderkonzept. Aufgabe des Bieters ist es zu kalkulieren, welche konkreten Angebote (Umfang/Qualitäten) er für den Betrieb des zukünftigen Bades erbringen muss, um dieses wirtschaftlich betreiben zu können. Das gilt insbesondere für zusätzliche Angebote, wie zum Beispiel einen Saunabereich, einen Thermenbereich, einen Rutschenpark etc..
Ebenfalls soll im Rahmen des Verhandlungsverfahrens die Projektfinanzierung thematisiert werden. Hierzu werden von dem zukünftigen Projektpartner Vorschläge zur Beteiligung bzw. Übernahme der Finanzierungsleistung erwartet.
Die konkrete Ausgestaltung der Beschaffung folgt aus dem im Rahmen des Verhandlungsverfahrens gemeinsam zu entwickelnden Organisations- und Finanzierungsmodell.
Im Einzelnen ergibt sich der Leistungsumfang insbesondere aus der Allgemeinen Vergabeunterlage nebst Anlagen, die unter der in Ziffer I.3) angegebenen URL zum uneingeschränkten, vollständigen und gebührenfreien Abruf zur Verfügung steht.
- II.2.5) **Zuschlagskriterien**
Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 20 000 000.00 EUR

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 300

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Das Ende der Vertragslaufzeit ist von der konkreten Projektgestaltung, insbesondere von dem im Rahmen des Verhandlungsverfahrens zu entwickelnde Organisations- und Finanzierungsmodell abhängig. Eine Verlängerung der Vertragslaufzeit ist daher in Abhängigkeit von den projektspezifischen Erfordernissen möglich.

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Der Teilnahmeantrag muss vollständig sein, d. h. alle in der EU-Bekanntmachung geforderten Unterlagen, Erklärungen und Nachweise sowie die erforderlichen Unterschriften enthalten. In diesem Zusammenhang wird insbesondere darauf hingewiesen, dass dem Teilnahmeantrag eine unterzeichnete Bewerbererklärung

(vgl. Ziffer VI.3 [E]) sowie im Fall einer Bietergemeinschaft eine entsprechende Erklärung zur Bildung der Bietergemeinschaft (vgl. Ziffer VI.3 [B]) beizufügen ist.

Kann einer der geforderten Nachweise aus einem berechtigten Grund nicht erbracht werden, so kann der Nachweis durch Vorlage anderer geeigneter Unterlagen erfolgen. Zusätzliche Informationen, die nicht dem Nachweis der geforderten Eignung dienen, werden nicht berücksichtigt.

Teilnahmeanträge, denen die geforderten Unterlagen (Angaben, Erklärungen und Nachweise) nicht oder nicht vollständig beigelegt sind, können von der Teilnahme an dem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden. Die Nachforderung von Unterlagen erfolgt gemäß § 16a EU VOB/A.

Die Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, erfolgt auf der Grundlage der nachfolgend genannten Eignungskriterien:

[A]

Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 6e EU VOB/A bzw. §§ 123 und 124 GWB (auf die Möglichkeit der Selbstreinigung nach § 6f EU VOB/A bzw. § 125 GWB und den zulässigen Zeitraum für Ausschlüsse nach § 6f EU VOB/A bzw. § 126 GWB wird hingewiesen).

[B]

Erfüllung der nachfolgend genannten Mindestanforderungen (Bedingungen und Mindeststandards):

- Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (vgl. Ziffer III.1.1)
- Nachweis einer Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung (vgl. geforderte Mindeststandards zu Ziffer III.1.2)
- Bankerklärung über die wirtschaftliche Situation und/oder das Zahlungsverhalten des Bewerbers (vgl. geforderte Mindeststandards zu Ziffer III.1.2)

[C]

Rangfolge nach objektiver Auswahl mittels der Auswahlkriterien nach den Ziffern:

- III.1.2 - Umsatz mit Planungs- und Bauleistungen im Hochbau (max. 25 Punkte)
- III.1.3 - Referenzen zu vergleichbaren Projekten über Planung, Erstellung und Betrieb von Freizeitbädern (max. 75 Punkte)

Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach der Bewertung der Eignungskriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los getroffen werden.

Weitere Einzelheiten zu den erforderlichen Angaben und deren Wertung sind der Allgemeinen Vergabeunterlage zu entnehmen, die unter der in Ziffer I.3) angegebenen URL zum uneingeschränkten, vollständigen und gebührenfreien Abruf zur Verfügung steht.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: ja

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

VERFAHRENSBEDINGUNGEN:

Es gelten die in der Allgemeinen Vergabeunterlage aufgeführten Verfahrensbedingungen, die unter der in Ziffer I.3) angegebenen URL zum uneingeschränkten, vollständigen und gebührenfreien Abruf zur Verfügung steht.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Durch den Bewerber ist für jedes betreffende Unternehmen (Einzelunternehmen, Mitglieder einer Bietergemeinschaft gem. Ziffer VI.3 [B] und Nachunternehmer gem. Ziffer VI.3 [C]) die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung nachzuweisen.

Als Nachweis gilt die Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister oder in der Handwerksrolle nach den Rechtsvorschriften des Staats, in dem das Unternehmen ansässig ist (vgl. § 6a EU Abs. 1 Nr. 1 VOB/A).

Architekten und Ingenieure können den Nachweis darüber hinaus durch Vorlage einer entsprechenden Urkunde erbringen, die gem. § 75 Abs. 1 bzw. 2 VgV dazu berechtigt, die entsprechende Berufsbezeichnung zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden. Falls im jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung "Architekt" oder "Ingenieur" nicht gesetzlich geregelt ist, sind vergleichbare Befähigungsnachweise zulässig, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG - Richtlinie zur Anerkennung von Berufsqualifikationen - i.V.m. mit Richtlinie 2013/55/EU gewährleistet ist.

Der/die Nachweis(e) darf/dürfen zum Zeitpunkt der Einreichung des Teilnahmeantrags nicht älter als 6 Monate sein.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

UMSATZ MIT PLANUNGS- UND BAULEISTUNGEN IM HOCHBAU

Die Bewertung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit erfolgt auf der Grundlage des gemittelten Umsatzes der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, der durch den Bewerber mit Planungs- und/oder Bauleistungen im Hochbau realisiert wurde (Vorlage einer Eigenerklärung).

Die maximale Punktzahl von 25 wird bei einem gemittelten Jahresumsatz von EUR 200 Mio. netto oder höher vergeben, die Untergrenze zur Punkterreichung beträgt EUR 50 Mio. netto. Zwischen diesen Beträgen werden die Punkte durch lineare Interpolation berechnet.

Bei Bietergemeinschaften (vgl. Ziffer VI.3 [B]) werden die Umsätze der jeweiligen Mitglieder entsprechend summiert, sofern diese mit Planungs- und/oder Bauleistungen im Hochbau realisiert wurden. Die Umsätze von Nachunternehmern mit Planungs- und Bauleistungen werden nur berücksichtigt, sofern bereits mit dem Teilnahmeantrag die Zustimmung zur gemeinsamen Haftung gem. § 6d EU Abs. 2 VOB/A für die Auftragsausführung vorgelegt wird (vgl. hierzu auch Angaben unter Ziffer VI.3 [C]). Diese Zustimmung ist durch den Nachunternehmer explizit in seiner Verpflichtungserklärung zur Bereitstellung der erforderlichen Mittel und Kapazitäten zu bestätigen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

NACHWEIS EINER BERUFS- BZW. BETRIEBSHAFTPFLICHTVERSICHERUNG

Nachweis einer Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung bei einem in der EU zugelassenen*

Versicherungsunternehmen mit einer Mindestdeckungssumme von EUR 10,0 Mio. für Personenschäden und EUR 5,0 Mio. für Sach- und Vermögensschäden (Vorlage einer Versicherungsbestätigung). Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckung (d.h. ohne Unterscheidung nach Personen- und Sach- oder Vermögensschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens vorzulegen, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Die geforderten Deckungssummen müssen uneingeschränkt über die Planungs- und Bauzeit erhalten bleiben. Für den anschließenden Betrieb erfolgt die Festlegung zu den Konditionen der abzuschließenden Betriebshaftpflichtversicherung in Abhängigkeit von dem zu verhandelnden Organisationsmodell. Die

Gesamtleistung des Versicherers muss für alle Versicherungsfälle eines laufenden Jahres das Zweifache der genannten Deckungssummen betragen.

Zulässig ist auch die einseitige unwiderrufliche Erklärung eines Versicherungsunternehmens, dass im Auftragsfall eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit den oben genannten Konditionen (Deckungssummen und jährliche Maximierung) zu Gunsten des Bewerbers abgeschlossen wird.**

Bietergemeinschaften (vgl. Ziffer VI.3 [B]) können entweder eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung zu Gunsten der Bietergemeinschaft oder zu Gunsten der für die Planungs- und Bauleistung verantwortlichen Mitglieder der Bietergemeinschaft nachweisen.

Der/die Nachweis(e) darf/dürfen zum Zeitpunkt der Einreichung des Teilnahmeantrags nicht älter als 6 Monate sein.

* Mitgliedsstaat der EU oder Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum

** Die Vergabestelle behält sich vor, bei Bedarf das Original der Versicherungserklärung nachzufordern.

BANKERKLÄRUNG

Vorlage einer allgemeine Bankerklärung über die wirtschaftliche Situation und/oder das Zahlungsverhalten des Bewerbers. Der Nachweis kann z.B. in Form einer "Bank-an-Bank-Auskunft" (als Kopie, zum Zeitpunkt der Einreichung des Teilnahmeantrags nicht älter als 6 Monate) erfolgen.

Erfolgt die Bewerbung als Bietergemeinschaft ist die Vorlage eines entsprechenden Nachweises für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft erforderlich.

Soll die Kapazitäten eines Nachunternehmers (vgl. Ziffer VI.3 [C]) im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen werden, so ist die Vorlage eines entsprechenden Nachweises auch für dieses Unternehmen erforderlich.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die Bewertung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit erfolgt auf der Grundlage von Referenzen über die Planung, den Bau und den Betrieb von Freizeitbädern (z.B. Sport- und Familienbäder, Thermen etc.). Die Referenzen müssen erkennen lassen, dass der Bewerber für die zu vergebende Gesamtleistung (Planung, Bauausführung und Betrieb) geeignet ist. Das heißt, die in den nachfolgend genannten Unterkategorien durch den Bewerber erbrachten Leistungen müssen von maßgeblicher Bedeutung für die Planung, den Bau bzw. den Betrieb des als Referenz benannten Freizeitbades sein. Sollte die jeweils erbrachte Leistung von untergeordneter Bedeutung sein, behält sich die Vergabestelle vor, diese Referenz nicht in die Wertung einzubeziehen bzw. eine geringere Punktzahl zu vergeben. In diesem Fall erfolgt durch die Vergabestelle eine schriftliche Begründung der vorgenommenen Punktevergabe in der Vergabeakte.

PLANUNG:

Die Referenzen zur Planung von Freizeitbädern müssen auf einen Leistungszeitraum ab dem 01.01.2013 (Leistungsbeginn) bezogen und zum Tag der Einreichung des Teilnahmeantrags im wesentlichen Teil abgeschlossen sein. Darüber hinaus ist ein Ansprechpartner bei dem jeweiligen Auftraggeber der als Referenz genannten Aufträge anzugeben.

Für eine Referenz über die Planung von Freizeitbädern werden 10 Punkte vergeben. Insgesamt werden in der Unterkategorie "Planungsreferenzen" 30 Punkte (Maximalbewertung) vergeben. Sollte die erreichte Punktzahl 30 Punkte überschreiten, erhält der Bewerber dennoch die Maximalbewertung von 30 Punkten.

BAUAUSFÜHRUNG:

Die Referenzen zur Erstellung (Bauausführung) von Freizeitbädern müssen auf einen Leistungszeitraum ab dem 01.01.2013 (Leistungsbeginn) bezogen und zum Tag der Einreichung des Teilnahmeantrags im

wesentlichen Teil abgeschlossen sein. Darüber hinaus ist ein Ansprechpartner bei dem jeweiligen Auftraggeber der als Referenz genannten Aufträge anzugeben.

Für eine Referenz über die Erstellung (Bauausführung) von Freizeitbädern werden 5 Punkte vergeben. Insgesamt werden in der Unterkategorie "Bauausführungsreferenzen" 15 Punkte (Maximalbewertung) vergeben. Sollte die erreichte Punktzahl 15 Punkte überschreiten, erhält der Bewerber dennoch die Maximalbewertung von 15 Punkten.

BETRIEB:

Die Referenzen zum Betrieb von Freizeitbädern müssen auf einen Leistungszeitraum ab dem 01.01.2013 (Leistungsbeginn) bezogen und zum Tag der Einreichung des Teilnahmeantrags mindestens über einen Zeitraum von 3 Jahren erbracht worden sein. Darüber hinaus ist ein Ansprechpartner bei dem jeweiligen Auftraggeber der als Referenz genannten Aufträge anzugeben.

Für eine Referenz über den Betrieb von Freizeitbädern werden 10 Punkte vergeben. Insgesamt werden in der Unterkategorie "Betreiberreferenzen" 30 Punkte (Maximalbewertung) vergeben. Sollte die erreichte Punktzahl 30 Punkte überschreiten, erhält der Bewerber dennoch die Maximalbewertung von 30 Punkten.

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Für den Fall, dass der Bewerber beabsichtigt, den Auftrag durch eine Tochtergesellschaft ausführen zu lassen, behält sich die Vergabestelle vor, eine Sicherheit durch Bürgschaft oder (harte) Patronatserklärung der Mutter- bzw. Konzernobergesellschaft zu verlangen.

Es wird darauf hingewiesen, dass das am 1. Dezember 2010 in Kraft getretene Landestariftreuegesetz für öffentliche Aufträge in Rheinland-Pfalz (LTTG) sowie das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) Anwendung finden. Danach dürfen öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Auftragswert von EUR 20.000,00 (netto) nur an Unternehmen vergeben werden, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, die Zahlung des Mindestentgelts nach § 3 LTTG zu gewährleisten und die Tariftreuepflichten nach § 4 LTTG zu erfüllen. Die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen, insbesondere auch bei dem Einsatz von Nach- und Verleihunternehmen, sind daher zu beachten.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 05/05/2023

Ortszeit: 12:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 12/06/2023

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 31/12/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben**VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:**[A] Organisationsstruktur des Bewerbers**

Der Bewerber hat im Teilnahmeantrag anzugeben, welche(s) Unternehmen die unterschiedlichen Leistungen als insoweit verantwortliche(s) Unternehmen ausführen wird/werden.

[B] Bietergemeinschaften

Erfolgt die Bewerbung als Bietergemeinschaft ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung zur Bildung und gesamtschuldnerischen Haftung der Bietergemeinschaft vorzulegen und ein bevollmächtigter Vertreter zu benennen, der als geschäftsführendes Mitglied berechtigt ist, die Bietergemeinschaft im Rahmen des Vergabeverfahrens rechtsverbindlich zu vertreten.

Die Bewertung erfolgt bei Bietergemeinschaften in Bezug auf die Ausschlussgründe, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien (vgl. Ziffer III.1) für die Bietergemeinschaft insgesamt.

[C] Nachunternehmer (Eignungsleihe)

Soweit der Bewerber zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen und/oder der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (vgl. Ziffer III.1.2 und III.1.3) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt ("Eignungsleihe" gem. § 6d EU Abs. 1 VOB/A), ist mit Abgabe des Teilnahmeantrags für jedes betreffende Unternehmen (nachfolgend: Nachunternehmer) eine Verpflichtungserklärung vorzulegen, dass im Auftragsfall die erforderlichen Mittel und Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus behält sich die Vergabestelle gem. § 6d EU Abs. 2 VOB/A vor, eine gemeinsame Haftung von Bewerber und Nachunternehmer zu fordern, sofern die vorgesehene Leistung des Nachunternehmers einen wesentlichen Teil der zur Auftragserfüllung erforderlichen finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (vgl. Ziffer III.1.2) darstellt.

[D] Informationsübermittlung (eVergabe)

Die Vergabeunterlagen stehen ausschließlich elektronisch unter der in Ziffer I.3) angegebenen URL (nachfolgend: Vergabeplattform) zum uneingeschränkten, vollständigen und gebührenfreien Abruf zur Verfügung; ein postalischer Versand in Papierform erfolgt nicht.

Fragen zu diesem Vergabeverfahren können bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der jeweiligen Abgabefrist (Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge oder Angebote) ausschließlich über die Vergabeplattform an den Auftraggeber gerichtet werden. Antworten und Auskünfte sowie ggf. aktualisierte oder zusätzliche Informationen und Unterlagen zu dem Vergabeverfahren werden ebenfalls ausschließlich über die Vergabeplattform zur Verfügung gestellt und werden damit verbindlicher Bestandteil der Vergabeunterlagen. Entsprechende Informationen und Unterlagen, die die bereits vorliegenden Vergabeunterlagen ergänzen,

präzisieren oder abändern, gehen jeweils den bereits vorliegenden Vergabeunterlagen vor. Mündlich erteilte Auskünfte und Erklärungen haben keine rechtsverbindliche Gültigkeit.

Der Bewerber/Bieter hat sicherzustellen, dass er regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Ablauf der jeweiligen Abgabefrist prüft, ob seitens der Vergabestelle über die Vergabeplattform zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Teilnahmeantrags oder Angebots zu beachten sind.

[E] Teilnahmeantrag

Zur Unterstützung der Bewerber steht auf der Vergabeplattform (vgl. Ziffer I.3) ein Bewerbungsbogen nebst beizufügenden Formblättern (nachfolgend zusammen "Teilnahmeantrag") zur Verfügung. In dem Teilnahmeantrag sind die nach der EU-Bekanntmachung geforderten Angaben und Nachweise aufgeführt. Der Teilnahmeantrag soll das Zusammenstellen der geforderten Unterlagen für die Bewerber erleichtern und gleichzeitig die gewünschte Struktur des Teilnahmeantrags sicherstellen.

Der auf der Vergabeplattform (vgl. Ziffer I.3) zur Verfügung gestellte Bewerbungsbogen (Datei: "FZB Haßloch_TNW_Bewerbungsbogen.docx") ist zwingend auszufüllen und unterzeichnet einzureichen (Bewerbererklärung). Im Übrigen bleibt § 6b EU VOB/A unberührt.

Der Teilnahmeantrag ist fristgerecht (vgl. Ziffer IV.2.2) elektronisch über die Vergabeplattform (vgl. Ziffer I.3) einzureichen. Die Abgabe des Teilnahmeantrags ausschließlich in Papierform, per Fax oder per E-Mail ist nicht zugelassen und führt zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YBA6AJ3

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es gelten die Fristen gemäß § 160 Abs. 3 GWB.

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

03/04/2023